



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-4554
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Herr Weinert

Wiesbaden, 26.01.2012

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
am Dienstag, 31. Januar 2012, um 17:30 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschriften über die Sitzung am 8.11.2011 und 6.12.2011
2. 12-F-33-0009

Gigaliner

- Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 25.1.2012 -

Ab dem 01.01.2012 startet der Feldversuch „Gigaliner“. Rund 400 Lastzüge mit einer Höchstlänge von 25,25 Meter (bisher 18,75 Meter) und einem Gesamtgewicht von jeweils bis zu 44 Tonnen sollen der Verordnung zufolge rund fünf Jahre lang auf festgelegten Routen verkehren.

Der Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Welche Strecken des Wiesbadener Stadtgebiets tangiert sind.
2. Welche Strecken um das Wiesbadener Stadtgebiet (z.B. Rhein-Main, Mainz und Umgebung,...) betroffen sind.
3. Ob für die betroffenen Gemeindestraßen ein Einvernehmen mit dem Magistrat hergestellt wurde?
4. Ob anhand der Angaben zu den Schleppkurven geprüft wurde, ob die Gemeindestraßen für die Gigaliner ausgelegt sind.
5. Ob Sondergenehmigungen an Wiesbadener Speditionen vergeben wurden.

3. 12-F-33-0013

Stellplatzsatzung

- Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 25.1.2012 –

Zur besseren Realisierbarkeit von neuen Senioren- und Studentenwohnheimen, bedarf die Wiesbadener Stellplatzsatzung einer Überarbeitung, da sie in vielen Punkten nicht der tatsächlichen Parksituation Rechnung trägt.

Stellplätze sind einerseits zwingend notwendige Grundvoraussetzung einer baulichen Nutzung, andererseits können überhöhte Anforderungen auch zu Investitionshindernissen sein. Es gilt daher, den Bedarf zutreffend zu ermitteln. Insbesondere im Hinblick auf Studenten- und Seniorenwohnheime ist die derzeitige Regelung klärungsbedürftig. Die Stellplatzsatzung ist erforderlichenfalls anzupassen.

Um einen geeigneten Schlüssel für die Stellplatzanzahl, festlegen zu können, ist eine Studie notwendig, die ermittelt wie viele Stellplätze für ein Senioren- oder Studentenwohnheim tatsächlich notwendig sind. Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, durch eine Studie den tatsächlich benötigten Bedarf an Stellplätzen für ein Senioren- oder Studentenwohnheim zu ermitteln. Hierbei soll insbesondere berücksichtigt werden:

- a.) Wie viele der in Studentenwohnheimen lebenden Studenten ein eigenes Auto besitzen oder sich regelmäßig eines leihen?
- b.) Wie viele der Stellplätze eines Seniorenwohnheims von den Senioren oder den Angestellten genutzt werden?
- c.) In wie weit das Besucheraufkommen maßgeblich für den tatsächlichen Stellplatzbedarf ist?

4. 12-F-03-0014

Rhein-Main-Hallen

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17.1.2012 -

Die Behauptung, dass wichtige Kunden der Rhein-Main-Hallen abwandern würden, wenn sie „auf einer Baustelle“ tagen müssten, lässt sich nach Berichten in der Tagespresse (5.1. 2012 und 20.1.2012) nicht mehr aufrecht erhalten.

Der Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- a. Die Behauptung, dass wichtige Kunden der Rhein-Main-Hallen abwandern würden, wenn sie „auf einer Baustelle“ tagen müssten, zu belegen, beispielsweise mit der Dokumentation von Umfrageergebnissen.
- b. zu berichten,
 1. ob er trotz gegenteiliger Aussagen von Kunden an seinem Standpunkt festhält, dass eine Sanierung, ein Umbau oder ein Neubau am bestehenden Standort erhebliche Einnahmerückgänge verursachen würde, weil die Rhein-Main-Hallen in diesem Fall viele Kunden dauerhaft verlieren würden.
 2. wie er die Idee der „Wahrzeichenvariante“ beurteilt.
 3. welche klimaökologischen Auswirkungen ein durch eine Kuppel erhöhter Baukörper hätte.

5. 12-F-08-0010

Stationsentwicklungsplan Bahnhof Mainz-Kastel

- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 25.1.2012 -

Der vor Jahren entwickelte Stationsentwicklungsplan für den Bahnhof Mainz-Kastel ist bis heute in wesentlichen Teilen nicht umgesetzt. Als vorrangig gegenüber der im letzten Jahr erfolgten Neugestaltung der zentralen Bushaltestelle Brückenkopf Kastel sowie der Schaffung eines direkten Fußgängerüberwegs zwischen dem Bahnhof Kastel und der Mainzer Straße wurden vom Ortsbeirat Mainz-Kastel stets zwei für die Entwicklung des Bahnhofes erforderliche Maßnahmen gesehen: Die direkte Verbindung zwischen der Bushaltestelle Brückenkopf Kastel und den Bahnsteigen sowie ein Zugang zu den Bahnsteigen vom Kulturzentrum Reduit bzw. Rheinufer.

Der Ausschuss möge deshalb beschließen:

Der Magistrat möge über die Aktualisierung des Stationsentwicklungsplans Bahnhof Mainz-Kastel berichten und dem Ausschuss einen Zeitplan hinsichtlich der geplanten Umsetzung vorlegen.

6. 12-F-03-0012

Parkplatz Neubau Berliner Straße - Umsetzung des Beschlusses
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.1.2012 -

Die Stadtverordnetenversammlung hat am 9. September 2010 beschlossen vor Inbetriebnahme des Parkplatzes ein Bewirtschaftungskonzept vorzulegen (Beschluss Nr. 0377, Ziffer 5: „Der Magistrat wird gebeten, vor Inbetriebnahme des Parkplatzes ein Bewirtschaftungskonzept vorzulegen, welches den Verhältnissen des ruhenden Verkehrs im Umfeld gerecht wird und die Refinanzierung des Projektes verbessert.“).

Der Parkplatz wurde jedoch Anfang Januar eröffnet, ohne dass ein Bewirtschaftungskonzept vorgesehen ist.

Der Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- warum der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung bislang nicht umgesetzt wurde?
- wann mit der Umsetzung des Beschlusses zu rechnen ist.

7. 12-F-33-0008

Effektive Bewirtschaftung des Parkplatzes an der Balthasar-Neumann-Straße
- Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 25.1.2012 -

In den letzten Jahren wurde der Parkplatz an der der Balthasar-Neumann-Straße um 210 Stellplätze erweitert. Insgesamt stehen heute 456 Stellplätze zur Verfügung, welche mit vier Parkscheinautomaten bewirtschaftet werden. Dieser öffentliche Parkplatz wird unter anderem den Schülerinnen und Schülern sowie den Lehrerinnen und Lehrern der ansässigen Berufsschulen zu günstigen Konditionen (50 Cent je 3 Stunden) zur Verfügung gestellt.

Mit Beschluss Nr. 0075 der Stadtverordnetenversammlung vom 16.02.2006 wurde zur Zwischenfinanzierung der Kosten der Erweiterung der Garagenfond herangezogen. Die Refinanzierung sollte aus den Gewinnen der Bewirtschaftung erfolgen. Hierfür wurden jährliche Einnahmen von 200.000 EUR angesetzt.

Tatsächlich betrugen die Einnahmen aus der Bewirtschaftung im Jahr 2010 nur 12.549 EUR, in 2011 sogar nur 2.588 EUR.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten

1. zu berichten, aus welchen Gründen die ursprünglich angesetzten Erlöse aus der Bewirtschaftung nicht erzielt wurden.
2. Zu berichten, wie häufig Kontrollen zur festgelegten Entrichtung der Parkgebühren vorgenommen wurden.
3. Maßnahmen für eine effektivere Bewirtschaftung des Parkplatzes zu ergreifen.

8. 12-F-03-0009

Abstellmöglichkeiten für Fahrräder am Hauptbahnhof
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23.1.2012 -

Während der bereits seit längerem andauernden Umbaumaßnahmen am Wiesbadener Hauptbahnhof gibt es keine überdachten Stellplätze für Fahrräder. Um das umweltfreundliche „Bike & Ride“ zu fördern ist es notwendig, dass Radfahrerinnen und Radfahrer sichere, trockene, saubere Stellplätze für ihre Fahrräder vorfinden.

Der Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

bei der Bahn AG nachzufragen und dann entweder selbst zu berichten oder die Bahn zu bitten zu berichten,

1. wie die Planungen für die Fahrradabstellanlagen am Hauptbahnhof aussehen und wann mit der Umsetzung der Planungen zu rechnen ist. Bei dem Bericht soll u.a. auf folgende Punkte eingegangen werden:
 - a. Gibt es Nutzungsprognosen? Falls sie vorliegen, wie werden die Planungen am voraussichtlichen Bedarf zukunftsfähig ausgerichtet? Insbesondere ist darauf einzugehen, ob und wie die Bahn AG bei ihrem Stellplatzkonzept das zu erwartende höhere Aufkommen an Elektro-Fahrrädern berücksichtigt.
 - b. Wie ist der Diebstahlschutz bei den Planungen berücksichtigt? Sind bewachte Parkplätze für hochwertige Fahrräder vorgesehen?
 - c. Sind die Planungen für die Fahrradabstellanlagen mit Vertretern relevanter Nutzergruppen, z.B. ADFC, abgesprochen, bzw. soll dies noch geschehen?

9. 12-F-03-0010

Schierstein - Gelände ehemalige „Knochenmühle“
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.1.2012 -

Die Veränderungssperre für das Gebiet nordöstlich des Schiersteiner Hafens, Gelände zwischen Hafengeweg und Rheingaustraße, ehemalige „Knochenmühle“, läuft im März dieses Jahres aus.

Der Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu berichten, welche Maßnahmen er zu ergreifen gedenkt, um das Gebiet - anders als im nördlich anschließenden Areal - nach Auslaufen der Veränderungssperre vor städtebaulich nicht erwünschter Bebauung nach § 34 zu schützen und eine positive Entwicklung mit hochwertigem Gewerbe oder Wohnbebauung im Hafengebiet zu fördern.
2. so schnell wie möglich einen B-Plan für das Gebiet festzulegen, damit der Lärmschutz für die Region um die Schiersteiner Brücke über diesen planungsrechtlichen Schritt gesetzlich verankert werden muss.

10. 12-F-03-0013

Bauprojekt „Rheingaupalais“

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23.1.2012 -

Die Stadtverordnetenversammlung hat die Aufstellung des Bebauungsplan "Wohnquartier Rheingaupalais" im Ortsbezirk Schierstein - Aufstellungsbeschluss - (SV 11-v-61-0037) am 17.11.2011 beschlossen. Der Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr hatte bereits am 8. November beschlossen, dass der Magistrat gebeten wird, im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplans „Wohnquartier Rheingaupalais“, die im Antrag 11-F-03-0095 formulierten Anregungen auf ihre Umsetzung und ihre Aufnahme in den Bebauungsplan zu überprüfen (Beschluss Nr. 0206).

Der Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

über die Ergebnisse der im Beschluss Nr. 0206 des Ausschusses beschriebenen Prüfung zu berichten.

11. 12-F-03-0011

B-Plan Künstlerinnenviertel

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18.1.2012 -

Der Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

über den Sachstand des Bebauungsplans zum Baugebiet Künstlerinnenviertel zu berichten.

12. 12-F-33-0012

Einrichtung von Busverbindungen zwischen dem Wiesbaden Army Airfield Erbenheim und den Housing Areas und Aukamm

- Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 25.1.2012 –

Im Zuge des Umzugs des Hauptquartiers der US-Landstreitkräfte USAREUR von Heidelberg nach Wiesbaden sollen bis 2015 weitere 1.000 US-Soldaten nach Wiesbaden verlegt werden. Einschließlich Familien und Zivilangestellten werden so in der Summe 20.000 (statt bisher 16.000) Angehörige der US-Army in Wiesbaden leben. Zu deren Unterbringungen werden derzeit die Housing Areas Hainerberg und Aukamm erweitert. Südlich des eigentlichen Airfields entsteht zudem ein neues Wohngebiet mit 300 weiteren Wohneinheiten.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten

1. zu berichten, welche verkehrlichen Auswirkungen durch die Neustationierungen der US-Soldaten und den Zuzug ihrer Familien zu erwarten sind.
2. Bei der Verwaltung der US-Streitkräfte nachzufragen, in wie weit zu erwarten ist, dass der zusätzliche Verkehr mit Bussen bewältigt werden kann und bei entsprechend häufiger Nutzung zu prüfen, ob eine Verbindung seitens der US-Streitkräfte eingerichtet werden kann.

13. 11-F-03-0093

ANLAGE

Umweltfreundliche Erneuerung der städtischen Busflotte
- Beschluss des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 8.11.2011 -

14. 10-F-01-0105

ANLAGE

Car-Sharing in Wiesbaden voranbringen
- Beschluss des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 27.9.2011 -

15. 11-V-61-0039

DL 02/12-3

Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Nahversorgungszentrum Anne-Frank-Straße/Goerdelerstraße" im Ortsbezirk Klarenthal in Verbindung mit § 13a Baugesetzbuch (BauGB) - Beschluss über die Aufstellung und die öffentliche Auslegung

16. 11-V-61-0040

DL 37/11-14

Flächennutzungsplanänderung für den Planbereich "Aspenborn und Diebebaum" im Ortsbezirk Rambach - Feststellungsbeschluss -

17. 11-V-61-0041

DL 37/11-15

Bebauungsplan "Aspenborn und Diebebaum" im Ortsbezirk Rambach - Satzungsbeschluss-

18. 11-V-20-0069

DL 37/11-2

Investitionscontrolling 3. Quartal 2011

19. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. **11-V-10-0027** **DL 37/11-1**
Anschaffung von Elektrofahrzeugen
2. **11-V-20-0076** **DL 37/11-3**
Übersicht der durch den Magistrat genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben
3. **11-V-20-0077** **DL 01/12-3**
Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 30.09.2011 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben
4. **11-V-41-0044** **DL 37/11-9**
Unterbringung der Zentral- und der Musikbibliothek und des Medienzentrums in der Mauritiusgalerie
5. **11-V-51-0073** **DL 01/12-9**
Ausführungsvorlage Kindertagesstätte Münchner Straße Anbau Personalraum
6. **11-V-52-0021** **DL 37/11-13**
Platz der Deutschen Einheit - Realisierungsphase - Vergabe von Projektsteuerung und Projektcontrolling, Bereitstellung von Finanzmitteln
7. **11-V-63-0011** **DL 37/11-16**
Einführung Baulastenauskunft online
8. **11-V-66-0222** **DL 37/11-17**
Tempo 30-Zone - Schlesierstraße, Pommernstraße und weitere, Wiesbaden-Nordenstadt
9. **11-V-66-0231** **DL 01/12-12**
In der Witz / Waldhofstraße in Mainz-Kastel; Erweiterung Tempo 30 Zone

10. 11-V-66-0232 **DL 37/11-18**

Öffentliche Straßenbeleuchtung - Austausch von Leuchten gegen energiesparende Natriumdampf-Hochdruckleuchten

11. 11-V-80-2338 **DL 02/12-1 NÖ**

Verkauf des Baugrundstücks Brunhildenstraße, Wiesbaden (Südost)

12. 12-V-20-0001 **DL 01/12-1 NÖ**

Bürgschaft Nr. 585 - Übernahme einer modifizierten Ausfallbürgschaft zugunsten der ESWE Verkehrsgesellschaft mbH

13. 11-V-63-0013 **DL 03/12-3**

Baugrundstück: Wiesbaden, Johannes-Maaß-Straße 1
Bauantrag Az.: 6302/631414/11
"Johannes-Maaß-Schule" Teilabbruch und Neubau eines Schulgebäudes und Verlegung
Parkplatz für 11 Pkw

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Kessler
Vorsitzender